

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/05/2026

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2026,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:58 Uhr

Anwesend

Stadtverordnete/r

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Jannik Gasde
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Rolf Griesenberg
Frau Inga Jensen-Buchholz
Herr Marten Koop
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Herr Tim Schoon
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg
Herr Lasse Thieme
Frau Sophie von Hülsen

ab TOP 7 (19:43 Uhr)

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Finn Kessler
Herr Dr. Manfred Kühn
Jules Niehus
Herr Wolfgang Zimmermann

Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Herr Tobias Römer
Frau Jasna Makdissi
Frau Petra Rogge
Frau Yvonne Borgwardt

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete/r

Herr Peter Egan
Frau Nadine Levenhagen
Frau Karen Schmick

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/04/2026 vom 26.05.2026
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht
7. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
8. Vorreiterkonzept Klimaschutz
9. Standort Oktoberfest 2026
Abweichung vom Grundsatzbeschluss der
Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2025
(Beschlussvorlage 2024/108) und Antrag AN/085/2025

2026/035/1

2026/048

(Stadtverordnetenversammlung Sitzung vom 24.11.2025,
STV/09/2025)

- | | | |
|-------|--|--------------------|
| 10. | Antrag auf Bezuschussung des Oktoberfestes 2026 | 2026/052 |
| 11. | Vergabe Vorplanung Auetalbrücke im Rahmen des S4-Neubaus | 2026/047 |
| 12. | Großräumige Installation von semitransparenten Lärmschutzwänden im Stadtgebiet von Ahrensburg | 2026/051 |
| 13. | Benennung einer stimmberechtigten Vertretung für den Friedhofsausschuss | 2026/019 |
| 14. | Konzept der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften | 2026/049 |
| 15. | Zustimmung der Gemeinde gem. § 36a BauGB zu einem Bauvorhaben - Elsterweg 1 | 2026/039 |
| 15.1. | Anfrage der Fraktion CDU zum Bau-Turbo und Elsterweg 1 | AF/2026/005 |
| 16. | Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung für den Teilverlustausgleich SWA gem. § 82 GO | 2026/057 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Stukenberg eröffnet die letzte Sitzung vor der Sommerpause und begrüßt die Anwesenden. Er weist auf die Regelung der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg hin, wonach Licht-, Bild- und Tonaufnahmen während sowie vor und nach der Sitzung grundsätzlich unzulässig sind, sofern keine ausdrückliche Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung vorliegt.

Anschließend gratuliert er Stadtverordnetem Randschau nachträglich zu seinem Geburtstag.

Zum Schluss verabschiedet Bürgervorsteher Stukenberg den Stadtverordneten Thieme von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion, der aufgrund seines Wegzugs aus Ahrensburg sein Mandat zum 1. August niedergelegt hat. Er dankt Stadtverordnetem Thieme für dessen langjähriges Engagement in der Stadtverordnetenversammlung und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Stukenberg weist darauf hin, dass die Namen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die im Rahmen der Einwohnerfragestunde Fragen stellen oder sich zu Wort melden, in der Niederschrift erfasst werden. Da die Niederschrift im Rats- und Bürgerinformationssystem der Stadt veröffentlicht wird, besteht die Möglichkeit, der Nennung des Namens vorab zu widersprechen. In diesem Fall wird der Name nicht in das Protokoll aufgenommen.

Anschließend wird die Einwohnerfragestunde eröffnet; es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

Bürgermeister Boege weist darauf hin, dass die in der vorherigen Stadtverordnetenversammlung gestellten Fragen von Einwohner Orth und Einwohnerin Hansen bereits schriftlich beantwortet wurden, eine weitere Beantwortung von Einwohner Dzubilla noch aussteht.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Stukenberg gibt zu Beginn der Sitzung die Änderungen an der Tagesordnung bekannt.

Da das Stadtforum seinen Antrag zum Oktoberfest für dieses Jahr zurückgezogen hat, entfallen die Tagesordnungspunkte 9 und 10.

Auch Tagesordnungspunkt 12 wird von der Tagesordnung abgesetzt, da sich der Unterausschuss noch nicht mit den Lärmschutzständen befasst hat. Die Beratung erfolgt zunächst im Unterausschuss, bevor der Punkt in einer späteren Stadtverordnetenversammlung erneut behandelt wird.

Zusätzlich wurde ein Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung aufgenommen. Dieser betrifft den Verlustausgleich der Stadtwerke aufgrund einer

festgestellten Unterdeckung im Jahresabschluss, der erst nach Ablauf der Ladungsfrist vorlag. Da die Stadt rechtlich verpflichtet ist, den Verlust auszugleichen, wird der Punkt am Ende des öffentlichen Teils behandelt. Sofern erforderlich, kann somit eine Beratung teilweise im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Darüber hinaus enthält die Tagesordnung einen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt, da dieser strategische Entscheidungen betrifft und die Nichtöffentlichkeit im Interesse der Allgemeinheit liegt.

Zunächst lässt Bürgervorsteher Stukenberg über den Dringlichkeitsantrag wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anschließend lässt er über die Behandlung des TOP 17 in nichtöffentlicher Sitzung wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 16.06.2026 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/04/2026 vom 26.05.2026

Einwände gegen die Niederschrift STV/04/2026 vom 26.05.2026 bestehen nicht. Sie ist somit genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Siehe nicht öffentliche **Anlage**.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht

Der Liquiditätsbericht Nr. 09/2026 ist als **Anlage** beigelegt.

7. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Die Gleichstellungsbeauftragte Makdissi stellte ihren Tätigkeitsbericht 2025/2026 unter das Motto „**Alter Auftrag – neue Herausforderungen**“ vor.

Sie betonte, dass Gleichstellung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie weiterhin zentrale und zeitlose Aufgaben seien. Im Mittelpunkt standen die Notwendigkeit, gesellschaftliche Entwicklungen und Trends frühzeitig zu erkennen, die eigene Arbeit kontinuierlich zu reflektieren sowie Impulse für die zukünftige Arbeit in Politik und Verwaltung zu geben.

Als Schwerpunkte des vergangenen Jahres nannte sie die Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik, den Umgang mit Künstlicher Intelligenz und den Wandel der Arbeitswelt sowie die Sicherung einer zukunftsfähigen Verwaltung. Zudem berichtete sie von zahlreichen Veranstaltungen und Netzwerkarbeiten,

die den gesellschaftlichen Dialog und die demokratische Teilhabe gestärkt hätten.

Abschließend appellierte sie an eine enge Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung, um die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu bewältigen. Sie dankte der Stadtvertretung für die Unterstützung ihrer Arbeit und bekräftigte ihre Verbundenheit mit der Stadt sowie ihr Engagement für Gleichstellung, Vielfalt und Demokratie.

2026/035/1

8. Vorreiterkonzept Klimaschutz

Bürgermeister Stukenberg erläutert das Abstimmungsverfahren. Der mehrheitlich beschlossene CDU-Antrag ist bereits in die Strich-1-Vorlage eingearbeitet und entfällt daher. Der Antrag der Grünen wird als Änderungsantrag behandelt; bei dessen Ablehnung wird über die Strich-1-Vorlage abgestimmt.

Stadtverordneter Köpke der WAB-Fraktion hält den Sachvortrag und berichtet über die mehr als zweijährige Beratung des Vorreiterkonzepts und hebt die intensive Auseinandersetzung aller Fraktionen hervor. Begründet den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, SPD, FDP und WAB mit einer Konzentration auf sechs priorisierte, schnell umsetzbare Maßnahmen sowie der Vermeidung zusätzlicher Bürokratie. Wirbt um Zustimmung zur Vorlage.

Stadtverordnete Dullweber der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion kritisiert, dass der gemeinsame Antrag das Vorreiterkonzept auf sechs Maßnahmen reduziere und das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 sowie einen umfassenden Handlungsrahmen aufgebe. Bemängelt die fehlende Einbindung der Grünen und wirbt für den eigenen Antrag, der eine Zustimmung zum Gesamtkonzept mit anschließender Priorisierung der Maßnahmen vorsieht.

Bürgermeister Boege bekräftigt die Unterstützung der Verwaltung für die ursprüngliche Beschlussvorlage. Betont, dass das Vorreiterkonzept den Weg zur beschlossenen Klimaneutralität bis 2040 aufzeige und ohne Umsetzung aller wesentlichen Maßnahmen das Ziel nicht erreichbar sei. Er weist darauf hin, dass Berichtspflichten gesetzlich vorgegeben seien und zusätzliche Aufgaben langfristig nicht ohne personelle Ressourcen bewältigt werden könnten.

Stadtverordneter Bellizzi der FDP-Fraktion kritisiert das Vorreiterkonzept als unnötig und bürokratisch. Spricht sich für pragmatischen Klimaschutz im Verwaltungshandeln statt eines umfangreichen Konzeptes aus und begrüßt die Beschränkung auf priorisierte Maßnahmen ohne zusätzliche Stellen.

Stadtverordneter Gaumann der CDU-Fraktion bedauert die erneute Beratung eines im Ausschuss abgelehnten Antrags. Unterstützt die gemeinsame Beschlussvorlage als praktikablen und effektiveren Weg zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und wirbt um Zustimmung.

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion hebt die konstruktive Zusammenarbeit der vier Fraktionen hervor und bezeichnet den gemeinsamen Antrag als tragfähigen Kompromiss. Er begründet die Priorisierung der Maßnahmen insbesondere mit der finanziellen Situation und dem hohen Personalbedarf des ursprünglichen Konzepts.

Stadtverordneter Thieme der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion begründet die erneute Einbringung des Antrags mit dessen grundsätzlicher Bedeutung. Er kritisiert den fehlenden Kompromiss mit den Grünen und weist die Darstellung zurück, Klimaschutz verursache lediglich zusätzliche Stellen; Personal werde für konkrete Umsetzungsmaßnahmen benötigt.

Stadtverordneter Steuer der WAB-Fraktion weist den Vorwurf zurück, Klimaschutz habe für seine Fraktion keine Priorität. Betont, dass zunächst kostengünstige und wirksame Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Kritisiert einzelne Inhalte des Vorreiterkonzepts als wenig zielführend und spricht sich gegen zusätzliche Bürokratie aus.

Stadtverordneter Gertz der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion stellt klar, dass mit der ursprünglichen Beschlussvorlage keine zusätzlichen Stellen beschlossen würden, da Personal- und Finanzbedarfe ausdrücklich gesondert zur Beschlussfassung vorzulegen seien.

Bürgermeister Boege erläutert erneut, dass das Konzept einen Gesamtpfad zur Klimaneutralität beschreibe. Er betont, dass priorisierte Maßnahmen grundsätzlich unterstützt würden, deren Umsetzung mit den vorhandenen personellen Ressourcen jedoch nur eingeschränkt möglich sei.

Stadtverordneter Bellizzi der FDP-Fraktion widerspricht der Darstellung der Verwaltung und führt aus, dass im Konzept Personalbedarfe ausdrücklich benannt seien und diese nicht mittelbar beschlossen werden sollten. Er spricht sich dafür aus, über zusätzliche Stellen ausschließlich in separaten Beschlüssen zu entscheiden.

Stadtverordneter Steuer der WAB-Fraktion äußert sich erneut und verweist auf den Beschlussvorschlag zur Öffentlichkeitsarbeit und zum Klimaschutzcontrolling und begründet damit die Ablehnung des Gesamtkonzepts. Er betont, dass die Fraktion den Fokus auf konkrete Maßnahmen statt auf Kommunikationsaufgaben lege.

Stadtverordneter Bertram der CDU-Fraktion betont, dass alle Fraktionen Klimaschutz unterstützen, jedoch unterschiedliche Wege dorthin sehen. Er verweist auf die angespannte Haushaltslage und die Notwendigkeit einer schrittweisen Priorisierung der Maßnahmen. Stadtverordneter Bertram stellt klar, dass die beschlossenen sechs Maßnahmen nur einen ersten Schritt

darstellen, und stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung um die Debatte zu Beenden.

Bürgervorsteher Stukenberg stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und der Geschäftsordnungsantrag damit gegenstandslos ist. Er leitet die Abstimmung ein und lässt über den Antrag AN/022/2026 der Grünenfraktion, der wie folgt lautet:

„Maßnahmen, die im Rahmen des Vorreiterkonzepts umgesetzt werden sollen, werden nach folgenden Kriterien priorisiert:

- Eine möglichst hohe Wirksamkeit in Bezug auf die Erreichung einer THG-Neutralität bis 2040, dabei sollte gut zwischen kurzfristig erreichbarer THG-Reduktion und langfristig wirkenden Maßnahmen abgewogen werden.

- Ein möglichst gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis

- Realistische Umsetzungsmöglichkeit in Bezug auf Ressourcen in der Verwaltung sowie in Bezug auf Finanzierbarkeit

- Umsetzung nach dem Prinzip der „Low Hanging Fruits“

Maßnahmen sollen nach den oben genannten Kriterien regelmäßig, zum Beispiel jährlich, durch die Politik priorisiert werden, auf Basis eines Vorschlags der Verwaltung. Die Priorisierung dient als Grundlage für verbindliche politische Entscheidungen im Rahmen der Haushalts- und Maßnahmenplanung.

Die Priorisierung der Maßnahmen sowie deren Fortschritt sollen jährlich dokumentiert und im Umweltausschuss berichtet werden, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.“

Abstimmungsergebnis: 8	Dafür
20	Dagegen

Der Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion ist somit mehrheitlich abgelehnt. Bürgervorsteher Stukenberg lässt sodann über den nachstehenden Beschlussvorschlag der Vorlage 2026/035/1 wie folgt abstimmen:

„1. Das vorgestellte Vorreiterkonzept der Stadt Ahrensburg wird zur Kenntnis genommen.

2. Alle Maßnahmen stehen unter Vorbehalt und bedürfen zur Umsetzung eines gesonderten Beschlusses im Einzelfall.

3. Vorrangig sind Maßnahmen zu priorisieren, die keine weitere finanzielle, personelle oder langfristige Bindungswirkung entfalten.

Insbesondere genauer zu prüfen sind diesbezüglich:

- Einsatz externer Umsetzungsmodelle
- längerfristige Vertragsbindungen
- Folge-, Erweiterungs- oder Dauerbeauftragungen
- zusätzlicher Personalaufbau.

4. Dabei soll aufgrund der kurzen verbleibenden Zeitspanne auf Modell- und Pilotprojekte verzichtet werden. Die Fachkompetenzen der Bauverwaltung, Stadtwerke Ahrensburg und Kreis Stormarn sind aktiv einzubeziehen, Doppelarbeiten mit ihnen zu vermeiden.

5. Grundlage ist die als Anlage beigefügte politische Priorisierung der Maßnahmen des Klimaschutz-Vorreiterkonzeptes (siehe Anlage 3). Diese Priorisierung ist bei der weiteren Planung, Vorbereitung und Umsetzung der Maßnahmen einzuhalten. Die Empfehlungen des „Praxisleitfaden kommunaler Klimaschutz“ vom Difu (4. Aufl., 2023) sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen (siehe Anlage 4).“

Abstimmungsergebnis: 20 Dafür
8 Dagegen

2026/048

- 9. Standort Oktoberfest 2026**
Abweichung vom Grundsatzbeschluss der
Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2025 (Beschlussvorlage
2024/108) und Antrag AN/085/2025 (Stadtverordnetenversammlung
Sitzung vom 24.11.2025, STV/09/2025)

--zurückgezogen--

2026/052

- 10. Antrag auf Bezuschussung des Oktoberfestes 2026**

--zurückgezogen--

2026/047

- 11. Vergabe Vorplanung Auetalbrücke im Rahmen des S4-Neubaus**

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion hält den Sachvortrag und berichtet, dass im Bau- und Planungsausschuss noch Beratungsbedarf bestand und deshalb zunächst keine Beschlussempfehlung abgegeben wurde. Gleichzeitig zeichnete sich bei vier von fünf Fraktionen eine grundsätzliche Zustimmung ab. Inhaltlich geht es um die Prüfung einer Öffnung des Auetals im Zuge der Maßnahmen der Deutschen Bahn. Neben ökologischen Vorteilen, insbesondere für den Biotopverbund und das Stadtklima, werden auch

verkehrsplanerische und städtebauliche Vorteile gesehen. Zur Vertiefung der Planungen und für weitere Gespräche mit der Deutschen Bahn sollen zusätzliche Gutachten beauftragt werden. Dafür sind weitere Haushaltsmittel erforderlich. Nach dem Meinungsbild im Ausschuss soll diese Chance weiterverfolgt werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Stadtverordneter Gertz, dass zwar die Zielsetzung einer Öffnung des Auetals unterstützt werde, aufgrund der hohen zu erwartenden Kosten und anderer wichtiger Umweltschutzprojekte jedoch Bedenken bestünden. Die Fraktion werde sich deshalb enthalten.

Stadtverordneter Gaumann erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage. Die Untersuchung sei notwendig, um die Machbarkeit und mögliche Vorteile einer Öffnung des Auetals sowie eine mögliche Beteiligung der Deutschen Bahn belastbar prüfen zu können. Daher sei die Fraktion bereit, die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg den nachstehenden Beschlussvorschlag:

1. Für die Erstellung einer Vorplanung einer offenen Brücke über den Ostring und das Auetal wird eine Vorplanung beauftragt. Diese wird sich in einem Kostenrahmen von ca. 185.000 € bewegen.
2. Der Teilbetrag von 71.506,85 € wird aus der Ermächtigung des PSK 54300 0900001-285 „Eisenbahnüberführung Auetal/ Ostring“ entnommen.
3. Die verbleibenden ca. 115.000 € werden als außerplanmäßige Auszahlung gem. § 82 GO finanziert. Für die Deckung wird das PSK 54100.0900001-264 „Umbau Knotenpunkt Stormarnstraße/ Rosenweg/ Friedensallee“ (75.000 €) sowie das PSK 54100.090000-265 „Umbau Knotenpunkt Rosenweg/Reesenbüttler Redder“ (40.000 €) verwendet.

Und lässt anschließend über diesen wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis:	18	Dafür
	0	Dagegen
	10	Enthaltungen

2026/051

12. Großräumige Installation von semitransparenten Lärmschutzwänden im Stadtgebiet von Ahrensburg

--vertagt--

2026/019

13. Benennung einer stimmberechtigten Vertretung für den Friedhofsausschuss

Auf einen Sachvortrag wird verzichtet. Bürgervorsteher Stukenberg verliest nachstehenden Beschlussvorschlag:

Neben Herrn Ulrich Kewersun wird Frau Dagmar Hild als weitere Vertretung der Stadt Ahrensburg im Friedhofsausschuss benannt.

Über diesen wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2026/049

14. Konzept der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften

Stadtverordneter Siller von der CDU-Fraktion hält den Sachvortrag und berichtet, dass das überarbeitete Konzept zur Städtepartnerschaft in der AG Städtepartnerschaft befürwortet wurde. Die Änderungen umfassen rechtliche Aktualisierungen, die Berücksichtigung praktischer Erfahrungen sowie die verstärkte Einbindung von Videokonferenzen bei Arbeitstreffen. Der Hauptausschuss empfiehlt die Zustimmung zur Vorlage.

Wortbeiträge ergeben sich keine.

Sodann verliest Bürgervorsteher Stukenberg den nachstehenden Beschlussvorschlag:

Der aktualisierten anliegenden Fassung des *Konzeptes der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften* wird zugestimmt.

Über diesen wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

15. Zustimmung der Gemeinde gem. § 36a BauGB zu einem Bauvorhaben - Elsterweg 1

Der Berichterstatter des Bau- und Planungsausschusses, Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion, berichtet, dass die Vorlage nach der letzten Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung in den Bau- und Planungsausschuss zurückverwiesen worden war. Dort fand eine ausführliche Beratung statt, an der auch der Investor teilnahm und seine Planungen erläuterte sowie Fragen der Ausschussmitglieder beantwortete. Im Ergebnis sprach sich der Bau- und Planungsausschuss einstimmig für die Zustimmung zur Vorlage aus.

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion bedankte sich bei der Verwaltung für die schnelle und fristgerechte Beantwortung der im Vorfeld gestellten Fragen.

Wortbeiträge gibt es keine weiteren.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den nachstehenden Beschlussvorschlag:

1. Bei dem Bauvorhaben Elsterweg 1 wird gemäß § 31 (3) BauGB wie beantragt hinsichtlich der nicht eingehalten Bebauungsplan-Festsetzungen befreit. Die Zustimmung der Stadt bzw. Gemeinde nach § 36a BauGB wird erteilt.

Er lässt anschließend über diesen wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

15.1. Anfrage der Fraktion CDU zum Bau-Turbo und Elsterweg 1

Bürgervorsteher Stukenberg berichtet, dass die Anfrage im Vorwege beantwortet wurde.

16. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung für den Teilverlustausgleich SWA gem. § 82 GO

Bürgermeister Boege hält den Sachvortrag und erläutert, dass aufgrund des steuerlichen Querverbands ein vertraglich geregelter Teilverlustausgleich an die Stadtwerke zu leisten ist, da die Erträge aus der Energiesparte die Verluste des Bäderbetriebs 2025 nicht vollständig decken. Die Verpflichtung besteht unabhängig von anderen Diskussionen zu den Stadtwerken. Die endgültigen Zahlen wurden nach Beschluss des Jahresabschlusses im Aufsichtsrat festgestellt.

Stadtverordneter Siller der CDU-Fraktion kritisiert das kurzfristige Einbringen der Vorlage. Im Hauptausschuss sei das Thema trotz Beratungen zum Beteiligungsmanagement nicht angekündigt worden. Die Fraktionen hätten dadurch keine Möglichkeit zur Vorbereitung oder Beratung gehabt.

Bürgermeister Boege verweist hinsichtlich der Kritik auf eine Stellungnahme in nichtöffentlicher Sitzung.

Stadtverordneter Bertram der CDU-Fraktion fragt nach dem Produktsachkonto zur Deckung des Verlustausgleichs und erkundigt sich, ob die Deckung aufgrund von Einsparungen oder Verzögerungen beim Projekt möglich sei.

Bürgermeister Boege erklärt, dass Mittel aus dem Projekt Schulzentrum Heimgarten genutzt werden sollen, da diese im laufenden Jahr voraussichtlich nicht vollständig benötigt werden. Ein Nachtragshaushalt käme zeitlich zu spät. Die Deckung bedeute keine Kürzung des Projektbudgets, sondern eine haushaltsrechtliche Umschichtung.

Stadtverordneter Buchholz der FDP-Fraktion zeigt Verständnis für die Kritik am Verfahren, betont jedoch, dass der Verlustausgleich aufgrund der vertraglichen Verpflichtung beschlossen werden müsse. Er hinterfragt die besondere Dringlichkeit der Vorlage im Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Stadtwerke.

Bürgermeister Boege beantragt die Herstellung der Nichtöffentlichkeit, da die Begründung betriebliche und vertrauliche Inhalte betrifft.

Bürgermeister Stukenberg lässt vorab noch weitere Wortbeiträge der WAB-Fraktion in öffentlicher Sitzung zu.

Stadtverordneter Levenhagen der WAB-Fraktion bedauert ebenfalls die kurzfristige Vorlage, sieht jedoch die Notwendigkeit der Beschlussfassung. Kritisch bewertet er die Deckung über das Produktsachkonto des Schulzentrums Heimgarten, auch wenn sich an der Gesamthaushaltslage dadurch nichts ändere.

Bürgermeister Boege stellt klar, dass die gewählte Deckung eine übliche haushaltsrechtliche Vorgehensweise sei und keine Kürzung der Mittel für das Schulzentrum Heimgarten bedeute.

Stadtverordneter Steuer der WAB-Fraktion kritisiert die unzureichende Information der Stadtverordneten. Es sei nicht akzeptabel, dass notwendige Informationen erst unmittelbar vor der Beschlussfassung vorlägen und die Stadtverordneten dadurch ohne ausreichende Beratungsgrundlage entscheiden müssten.

Bürgermeister Boege betont abschließend, dass der Teilverlустаusgleich als solcher aufgrund der bekannten finanziellen Entwicklung und der rechtlichen Verpflichtung keine überraschende Angelegenheit sei. Weitere Erläuterungen sollen in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.

Bürgervorsteher Stukenberg lässt sodann die Nichtöffentlichkeit herstellen. Es folgt eine Beratung unter Ausschluss Öffentlichkeit.

Anschließend lässt Bürgervorsteher Stukenberg für die Abstimmung die Nichtöffentlichkeit wiederherstellen und verliest den nachstehenden Beschlussvorschlag:

Der überplanmäßigen Aufwendung gem. § 82 GO auf PSK 61200.5315000 in Höhe von 1.341.519,82 € zur Leistung des Teilverlустаusgleichs an die Stadtwerke Ahrensburg GmbH für das Geschäftsjahr 2025 wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch PSK 21700.0900000-130.

Über diesen wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. gez. Yvonne Borgwardt
Vorsitzende/r

Protokollführer/in